

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

10. – 16. Oktober 2026

Für Samstag, dem 17. Oktober, sind in Frankreich landesweit Proteste gegen steigende Kraftstoffpreise, sinkende Kaufkraft und den Abbau öffentlicher Dienstleistungen angekündigt. Ausgangspunkt der Mobilisierung war ein Aufruf des TikTok-Creators V2 im September zu Protesten gegen die hohen Lebenshaltungskosten. Auch Landwirte, Feuerwehrleute, Beschäftigte im Gesundheitswesen und Rentner sind zur Teilnahme aufgerufen. Der zunächst wenig organisierte Protest erhielt durch die Schülerproteste neuen Auftrieb. Nach einem dritten ergebnislosen Gespräch mit Bildungsminister Édouard Geffray am Donnerstag wollen die Schülervertretungen den Dialog mit dem Ministerium vorerst aussetzen und sich direkt an Premierminister Sébastien Lecornu wenden. Sie kündigen an, die Mobilisierung auch während der Schulferien fortzusetzen. Studierendenverbände unterstützen die Proteste; zugleich verschärfen Berichte über Polizeieinsätze und mutmaßliche Polizeigewalt die Spannungen. Damit könnte sich aus getrennten Protesten eine breitere soziale Bewegung entwickeln. Die Gelbwesten knüpfen z.B. an ihre frühere Mobilisierung an und werben für eine „Konvergenz der Kämpfe und Generationen“.

Die Nationalversammlung hat am 14. Oktober einen höheren EU-Beitrag für 2027 in Höhe von 30,9 Milliarden Euro beschlossen. Der Beitrag steigt damit um etwa 2,5 Milliarden Euro mehr als im ursprünglichen Haushalt für 2026. Der entsprechende Haushaltsartikel wurde mit 111 zu 93 Stimmen verabschiedet. Dafür stimmten insbesondere die Fraktionen der politischen Mitte, der Républicains, der Sozialisten und der Grünen. Rassemblement National (RN), La France Insoumise (LFI), Kommunisten und UDR stimmten dagegen. Der Anstieg des Beitrags geht u.a. auf die beschleunigte Auszahlung bereits zugesagter EU-Mittel, die Unterstützung der Ukraine sowie höhere Zinskosten für den europäischen Corona-Wiederaufbaufonds zurück. Frankreich ist zwar Nettozahler, profitiert jedoch zugleich erheblich von EU-Mitteln: Zwischen 2021 und 2024 erhielt das Land durchschnittlich 16,4 Milliarden Euro pro Jahr, davon 9,5 Milliarden Euro aus der Gemeinsamen Agrarpolitik. Der Versuch des RN, den französischen EU-Beitrag um 11,1 Milliarden Euro zu senken, scheiterte. Auch Änderungsanträge von LFI, die eine Kürzung an politische Bedingungen knüpfen wollten, wurden abgelehnt. Im Vorfeld der Tagung des Europäischen Rates in Brüssel hatte Marine Le Pen, Präsidentschaftskandidatin des RN, gefordert, den französischen Nettobeitrag auf höchstens fünf Milliarden Euro jährlich zu begrenzen (gegen neun). Europaminister Benjamin Haddad begründete den höheren EU-Beitrag mit bestehenden Verpflichtungen, beschleunigten Förderzahlungen, der Ukraine-Hilfe und gestiegenen Zinskosten des Wiederaufbaufonds. Zugleich zähle Frankreich trotz seiner Nettozahlerrolle zu den größten Empfängern von EU-Mitteln.

Im bürgerlich-konservativen Lager verschärft sich der Wettbewerb um die Präsidentschaftskandidatur. David Lisnard, Bürgermeister von Cannes und Gründer der Bewegung Nouvelle Énergie, liegt in einer aktuellen Umfrage von Ifop-Fudicial mit 6 % knapp vor Bruno Retailleau (5 %), dem Vorsitzenden der konservativen Républicains (LR). Beide vertreten wirtschaftsliberale Positionen, werben für einen grundlegenden Kurswechsel und konkurrieren um dieselbe Wählerschaft. Lisnard fordert deshalb eine gemeinsame Vorwahl des bürgerlich-konservativen Lagers und der Mitte, die auch klären soll, wie sich das Lager gegenüber den Präsidentschaftskandidaten Édouard Philippe (14 %) und Gabriel Attal (6 %) positioniert. Retailleau steht einer solchen Vorwahl grundsätzlich offen gegenüber, bezweifelt jedoch, dass alle relevanten Kandidaten teilnehmen würden und ob eine gemeinsame Kandidatur tatsächlich sichergestellt werden könnte. Nach Lisnards Austritt aus den LR im März wächst damit das Risiko einer Spaltung, die die Chancen der Konservativen schwächen könnte. Ein von Robert Ménard, dem Bürgermeister von Béziers, initiiertes Treffen mit Retailleau und Lisnard ist für kommende Woche geplant, um auszuloten, ob eine Verständigung zwischen den beiden Politikern möglich ist.

Marine Le Pen hat angekündigt, im Falle eines Wahlsiegs die französische Unterstützung für die Ukraine sechs Monate nach ihrem Amtsantritt einzustellen. Sébastien Chenu, Vizepräsident des RN, verteidigte diesen Kurs und betonte, dass Putin der Aggressor sei, ein russischer Sieg abgelehnt werde und der RN Sanktionen gegen Russland befürworte. Allerdings wolle der RN verhindern, dass die französische Bevölkerung unter den wirtschaftlichen Folgen der Sanktionen weiter leidet. Die jährlichen französischen Ukrainehilfen in Höhe von ca. sechs Milliarden Euro seien daher nicht länger zu rechtfertigen. Stattdessen solle

Frankreich auf diplomatische Initiativen und eine Friedenslösung setzen. Selenskyj kritisierte Le Pens Vorstoß und wies auf den beiderseitigen Nutzen der Zusammenarbeit mit Frankreich hin, insbesondere im Bereich der Rüstungs- und Verteidigungstechnologie.

Frankreich und Deutschland haben sich auf einen gemeinsamen Vorschlag zur Zukunft der europäischen Automobilindustrie geeinigt. Ziel ist es, die Wettbewerbsfähigkeit der Branche zu stärken und die Dekarbonisierung gleichzeitig fortzusetzen. Deutschland erreichte, dass das faktische Verbot neuer Verbrenner ab 2035 gelockert wird. Künftig müssen Hersteller ihre Emissionen nur noch um 90 statt 100 % senken. Zudem werden Ausnahmen für Fahrzeuge mit erneuerbaren Kraftstoffen sowie weitere Flexibilitäten eingeführt. Im Gegenzug erhielt Frankreich Unterstützung für strengere „Made in Europe“-Vorgaben. Künftig sollen vor allem Fahrzeuge Zugang zu Subventionen, Steuervergünstigungen und öffentlichen Aufträgen erhalten, die in Europa montiert werden und einen hohen Anteil europäischer Wertschöpfung aufweisen. Ergänzt wird dies durch neue Beschränkungen für chinesische Autoexporte in die EU.

Die Nationalversammlung hat am Dienstag einen umfassenden Gesetzentwurf zur Bekämpfung sexualisierter und sexistischer Gewalt einstimmig verabschiedet. Vorgesehen sind unter anderem verbindliche Mindeststandards für Ermittlungen, spezialisierte Polizeieinheiten und eine spezialisierte Justiz. Ab 2032 sollen zudem jährlich verpflichtende Gespräche an Schulen dazu beitragen, sexualisierte Gewalt frühzeitig zu erkennen und präventiv zu bekämpfen. Trotz der einstimmigen Annahme gibt es Kritik: Die sozialistische Berichterstatterin Thiébault-Martinez bedauerte, dass Bestimmungen zum Schutz ausländischer Frauen gestrichen wurden. La France insoumise (LFI) enthielt sich der Stimme. Ihre Vorsitzende Mathilde Panot kritisierte insbesondere die fehlenden finanziellen Mittel und die unzureichenden Präventionsmaßnahmen.

In Frankreich hat ein Cyberangriff mehrere Hundert Supermärkte verschiedener Handelsketten getroffen. In der Nacht zum 12. Oktober manipulierten die Angreifer aus der Ferne die Temperaturregelung vernetzter Kühl- und Gefrierschränke. Um die Lebensmittelsicherheit zu gewährleisten, mussten die betroffenen Märkte große Mengen an Waren entsorgen. Der Schaden könnte sich auf mehrere Millionen Euro belaufen. Nach bisherigen Erkenntnissen nutzten die Täter Sicherheitslücken in den Kühlsystemen der Hersteller Danfoss und Dixell aus. Ein Teil der betroffenen Geräte ist veraltet und wird nicht mehr mit Sicherheitsupdates versorgt. Laut einem Cybersicherheitsexperten sollen zudem besonders einfache Passwörter den Zugriff erleichtert haben. Die französische Anti-Cybercrime-Behörde ermittelt im Auftrag der Pariser Staatsanwaltschaft. Bislang hat sich niemand zu dem Angriff bekannt, und das genaue Ausmaß der Schäden ist noch unklar.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Weniger als sieben Monate vor der französischen Präsidentschaftswahl zeichnet sich in einer Umfrage von Ifop-Fudicial, die am 14. Oktober veröffentlicht wurde, eine klare Führung von Marine Le Pen ab. In mehreren Szenarien erreicht die Kandidatin des Rassemblement National bis zu 38 % der Stimmen im ersten Wahlgang. Um den Einzug in die Stichwahl konkurrieren vor allem Jean-Luc Mélenchon (La France insoumise) und Édouard Philippe (Horizons). Mélenchon konnte zuletzt zulegen, während Philippe an Rückhalt verliert und zunehmend auch mit inneren Konkurrenten im Mitte-Lager konfrontiert ist. Im linken Spektrum hat Raphaël Glucksmann die sozialdemokratische Vorwahl am 11. Oktober mit 66,2 % deutlich gewonnen; seine Aussichten in den Präsidentschaftsumfragen gewinnen zunehmend an Dynamik. Die Umfragen deuten somit auf ein zunehmend fragmentiertes Kandidatenfeld hin. Insbesondere der Kampf um Platz zwei und die Zusammensetzung der Stichwahl bleiben offen.

DIE ZAHL DER WOCHE

3,1 %

3	8	4	7
0	2	6	5
5		3	1
7	4	9	6
9	8	2	0

Die Inflation in Frankreich ist im September deutlich angestiegen. Die Verbraucherpreise lagen **3,1 %** über dem Niveau des Vorjahresmonats, nach 2,4 % im August. Haupttreiber sind die stark gestiegenen Energiepreise, die binnen eines Jahres um 21,3 % zulegten. Bei Erdölprodukten betrug der Anstieg sogar 36,2 %. Auch Dienstleistungen (+2,4 %) und Lebensmittel (+1,4 %) verteuerten sich stärker als im Vormonat. Besonders stark war der Preisanstieg bei frischem Obst und Gemüse, dessen Preise um 9,5 % über dem Vorjahresniveau lagen. Zwar gingen die Verbraucherpreise im Monatsvergleich saisonbedingt um 0,3 % zurück, bereinigt um saisonale Effekte ergibt sich jedoch ein Anstieg um 0,8 %. Diese Zahlen unterstreichen den wachsenden Kostendruck auf französische Haushalte und liefern Hintergrundinformationen für die aktuellen Proteste gegen sinkende Kaufkraft und hohe Kraftstoffpreise.